

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Koppelin, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Steuersenkung vorziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland steht wirtschafts- und finanzpolitisch vor einem Scherbenhaufen: Die Zahl der Arbeitslosen und Unternehmensinsolvenzen steigt unaufhörlich. Das Wachstum stagniert. Die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind überschuldet, obwohl Steuern und Abgaben laufend erhöht wurden. Deutschland fällt im internationalen Wettbewerb immer weiter zurück.

Die Regierung hat bisher weder den Mut noch die Kraft gehabt, umzusteuern und dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei ist völlig unumstritten, dass die viel zu hohe Steuerbelastung mit ursächlich ist für die Lähmung der Wirtschaft und die Zurückhaltung der Verbraucher. Der Staat muss alle Möglichkeiten nutzen, um die negative Grundstimmung bei Bürgern und Unternehmen umzukehren und die Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen zu beenden. Das kann nur gelingen, wenn die Steuerbelastung dauerhaft sinkt und das Steuerrecht einfach, gerecht und so für die Bürger akzeptabel wird. Auch ist die seit Monaten andauernde Diskussion um Steuererhöhungen endlich zu beenden.

Keinesfalls darf das Vorziehen der Steuersenkungen durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung oder Steuererhöhungen an anderer Stelle finanziert werden. Die Belastung nachfolgender Generationen muss abgebaut werden, sie darf nicht weiter steigen.

Um finanziellen Spielraum zu erhalten, sind die öffentlichen Ausgaben zu senken. Der Staat muss sich aus vielen Bereichen zurückziehen und den Marktkräften wieder mehr Freiheit einräumen. Subventionen und Zuwendungen belaufen sich auf mehr als 70 Mrd. Euro. Kürzungen in diesem Bereich ermöglichen Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen und die Konsolidierung

der öffentlichen Haushalte. Mit Steuersenkungen kann sofort begonnen werden. Nur auf diese Weise entstehen Wachstum und Arbeitsplätze. Dadurch steigt mittelfristig das Steueraufkommen.

Auch Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen ihren Beitrag leisten, damit wieder mehr Wachstum entsteht. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bewirkt eine Erhöhung der vereinbarten Arbeitszeit um eine Stunde eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von fast 22 Mrd. Euro. Bei einer volkswirtschaftlichen Steuerquote von rd. 22 % ergeben sich Steuermehreinnahmen von rd. 4,8 Mrd. Euro.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,

1. die für das Jahr 2005 beschlossene Absenkung der Steuertarife auf das Jahr 2004 vorzuziehen;
2. sämtliche Subventionen und staatlichen Zuwendungen im Rahmen eines Haushaltssicherungsgesetzes linear um 20 % zu kürzen;
3. an Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu appellieren, durch eine Verlängerung der bezahlten Arbeitszeit zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts beizutragen;
4. die Bundesregierung aufzufordern, weitere Privatisierungen von Bundesvermögen vorzunehmen.

Berlin, den 25. Juni 2003

Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Andreas Pinkwart
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Koppelin
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich

Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Marita Sehn
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion